

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/002(V)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 02.10.2009	Hasselbachsaal	15:00Uhr	16:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 07. 08. 2009
- 4 Beschlussvorlagen und Informationen
 - 4.1 Information zur aktuellen Situation im Bereich Wohngeld -
Geschäftsbericht 1. Halbjahr 2009
Vorlage: I0208/09

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
 - 4.2 Zukunft der P.G.M. Parkraum Magdeburg GmbH
Vorlage: DS0279/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

- 4.3 Ausbildungsplanung ab 2010; Bereitstellung betrieblicher Ausbildungsplätze ab 2010 in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0305/09
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 4.4 Sachstandsbericht zum Hauptstadtvertrag
Vorlage: I0179/09
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5 Anträge
- 5.1 Unterstützung für das Projekt "Gang des Magdeburger Rechts"
Vorlage: A0141/09
Fraktion CDU/BfM
- 5.1.1 Unterstützung für das Projekt "Gang des Magdeburger Rechts"
Vorlage: S0278/09
BE: Bürgermeister
- 5.2 Zuständigkeit für Bolzplätze bündeln
Vorlage: A0137/09
FDP-Fraktion
- 5.2.1 Zuständigkeit für Bolzplätze bündeln
Vorlage: S0267/09
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
- 5.2.2 Zuständigkeit für Bolzplätze bündeln
Vorlage: A0137/09/1
Betriebsausschuss SFM
- 5.3 Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0168/09
Ausschuss KRB
- 5.3.1 Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0168/09/1
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Hans-Dieter Bromberg

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Mirko Stage

Vors. des Stadtrates Beate Wübbenhorst

Stadtrat Frank Schuster

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Reinhard Stern

Stadträtin Regina Frömert

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Frank Theile

Stadtrat Wolfgang Wähnelt

Stadtrat Hans-Jörg Schuster

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, stellt den Antrag, den TOP 7.1. – DS0405/09 – zu vertagen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper begründet seine Auffassung zur Nichterforderlichkeit der Vertagung.

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 07. 08. 2009

Hinweis der Verwaltung:

Zum TOP 7.6 der Niederschrift muss die Beschluss-Nr. richtig lauten:

Beschluss-Nr. VW **007**-01(V)09

Mit dieser redaktionellen Änderung wird die Niederschrift mit 11 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

4. Beschlussvorlagen und Informationen

4.1. Information zur aktuellen Situation im Bereich Wohngeld - Geschäftsbericht 1. Halbjahr 2009 Vorlage: I0208/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Amtes 50 Frau Borris teil.

In ihren erläuternden Ausführungen zur vorliegenden Information weist die Leiterin des Sozial- und Wohnungsamtes Frau Borris darauf hin, dass sich das Aufkommen an Wohngeldanträgen nicht, wie zunächst erwartet, erhöht hat und demnach mit dem derzeit vorhandenen Personal auszukommen ist. Hinsichtlich der Personalsituation informiert sie, dass ein Teil des in die Wohngeldbearbeitung eingearbeiteten Personals die Chance genutzt hat, unbefristete Arbeitsverträge in der Verwaltung bzw. im Jobcenter zu schließen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt die durchschnittliche Bearbeitungsfrist von Wohngeldanträgen. Als Hintergrund hierfür verweist er auf die Verfahrensweise bei der Bearbeitung von Anträgen auf Elternbeitragsermäßigungen, entsprechende Wohngeldbescheide mit vorzulegen und darauf, dass es durch Verzögerungen der Wohngeldantragsbearbeitung zu Verzögerungen bei der Gewährung von Beitragsermäßigungen kommt.

In Beantwortung der Nachfrage informiert Frau Borris, dass die Bearbeitungsfrist nach Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen zwischen 4 und 6 Wochen beträgt.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob der benannte Zusammenhang tatsächlich besteht informiert Frau Borris, dass die Beitragsermäßigung separat berechnet wird und die Bearbeitung der Anträge parallel erfolgen kann.

Der Oberbürgermeister bittet Stadtrat Müller um Benennung eines konkreten Beispiels und sagt die Klärung des Sachverhaltes zu.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, nimmt Bezug auf die in der Information dargestellte Prognose und sieht es als wichtige Frage zu sehen, wie die weitere Entwicklung sein wird und ob rechtzeitig auf Veränderungen reagiert werden kann. Hinsichtlich der Ausführungen zur Einarbeitung neuer Verwaltungskräfte hinterfragt er eventuelle Auswirkungen.

Frau Borris führt dazu aus, dass nach einer Stabilisierung des Antragsvolumens versucht werden soll, die Personaldecke stabil zu halten, d.h. den Anteil von befristeten Personaleinsätzen zu reduzieren.

Zur weiteren Nachfrage des Stadtrates Stern hinsichtlich der Zuführung wohngelderfahrener Mitarbeiter, woher diese Mitarbeiter kommen informiert der Oberbürgermeister, dass es hierfür ausgebildete Mitarbeiter gibt, auf die aber bisher nicht zurückgegriffen werden musste.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

4.2. Zukunft der P.G.M. Parkraum Magdeburg GmbH Vorlage: DS0279/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann teil.

Der Beigeordnete II Herr Zimmermann geht in seinen Ausführungen zur Drucksache auf die Beschlusslage des Stadtrates vom 07. Juli 2004 ein und informiert, dass seitens der Gesellschaft die Stadtratsbeschlussfassung nicht in Gänze umgesetzt wurde. Mit der jetzt vorliegenden Drucksache soll die Liquidation der Gesellschaft umgesetzt werden.

Bezüglich der Problematik Tiefgarage Friedensplatz informiert Herr Zimmermann, dass hier mit dem Land eine Klärung herbeigeführt werden konnte. Der im Jahr 1999 gewährte Zuschuss muss zurückgezahlt werden. Im Ergebnis von Verhandlungen des Oberbürgermeisters u.a. mit dem Land und dem Landesverwaltungsamt konnte eine Halbierung der erforderlichen Zinszahlungen erreicht werden. Insbesondere wurde in diesen Gesprächen darauf verwiesen, dass die Gesellschaft nicht in der Lage sei, die Zinszahlungen zu bedienen.

Im Weiteren führt Herr Zimmermann aus, dass mit der Gesellschaftsliquidation die Aufgaben an das Tiefbauamt übergehen. Im Jahr 2004 wurde bereits festgestellt, dass hier die Bewirtschaftungsaufgaben effektiver und wirtschaftlicher wahrgenommen werden können.

Ergänzend führt der Oberbürgermeister aus, dass eine Auflösung der Gesellschaft nur erfolgen kann, wenn die bestehenden Schulden getilgt werden können. Eine mögliche Variante wäre aber auch ein Verkauf der Gesellschaft. Hier gäbe es bereits Interessenten. Seitens der Verwaltung wird präferiert, eine entsprechende Ausschreibung vorzunehmen und den Kreis der Bewerber zu prüfen.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich des Umgangs mit den Mitarbeitern der Gesellschaft verweist der Oberbürgermeister auf den bereits im Jahr 2004 gefassten Beschluss zur Kündigung. Gleichzeitig führt er aber aus, dass auch andere Möglichkeiten geprüft werden können bzw. eine Übernahme des Personals durch einen potentiellen Käufer möglich sein könnte.

Stadtrat Müller legt seine Auffassung dar, dass anscheinend keine wirtschaftliche Betreibung der Gesellschaft möglich ist und hinterfragt den Anreiz der Stadt für einen Verkauf der Gesellschaft.

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Effekt in der Abschreibungsbasis zu sehen ist und die Frage ist, welcher Erlös durch den Verkauf erzielt werden kann. Wenn ein Verkauf zustande kommt, dann sollte dieser mit einem Käufer erfolgen, der bereits mehrere Betreuungsaufgaben wahrnimmt.

Der Beigeordnete II Herr Zimmermann informiert im Weiteren über die Vorteile, die sich aus der Aufgabenübernahme zur Tiefgaragenbetreuung durch das Tiefbauamt ergeben.

Stadtrat Lischka, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, sieht die noch nicht erfolgte Klärung zur Rückzahlung des gewährten Darlehens an die Gesellschaft als problematisch bei einem Verkauf der Gesellschaft an.

Der Oberbürgermeister legt dar, dass eine Liquidation der Gesellschaft zurückgestellt werden sollte und die Tiefgaragenbetreuung durch das Tiefbauamt übernommen werden.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, verweist in seiner Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrates der Gesellschaft auf den positiven Jahresabschluss im Jahr 2008 und hinterfragt Möglichkeiten zur Verhinderung einer Vernichtung von vorhandenen Werten der Gesellschaft. Nach seiner Auffassung würden durch eine Abwicklung der Gesellschaft steuerliche Vorteile verloren gehen. Ebenso sieht er alle vorhandenen Probleme als gelöst an und hält es für sinnvoller, die Gesellschaft zu behalten. Er sieht es auch nicht als gesichert an, dass die Tiefgaragenbetreuung ohne Weiteres durch das Tiefbauamt übernommen werden kann. Nach seiner Auffassung sollte hierfür zumindest ein Eigenbetrieb gegründet werden.

Bezug nehmend auf den Hinweis hinsichtlich eines positiven Jahresabschlusses führt der Beigeordnete II Herr Zimmermann klarstellend aus, dass die positiven Effekte lediglich in Körperschaftssteuerrückzahlungen zu sehen sind. Demgegenüber stehen aber noch andere zu leistende Zahlungen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, verweist darauf, dass Gegenstand der vorliegenden Beschlussfassung der Verkauf von Immobilien ist. Ergänzend hierzu sollte im Beschlusstext als Alternative der Verkauf der Gesellschaft aufgenommen werden.

Der Oberbürgermeister stimmt diesem Vorschlag zu.

Gemäß Hinweis des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wird nachfolgender Änderungsantrag DS0279/09/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Beschlusspunkte 1 und 2 werden zu Beschlusspunkt 1 zusammengefasst.

Der Beschlussvorschlag wird durch den Beschlusspunkt 2 wie folgt ergänzt:

2. Alternativ wird beschlossen, dass die Anteile an der Gesellschaft öffentlich ausgeschrieben werden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, hält es für interessant zu sehen, ob der vorgeschlagene Verkauf zustande kommt. Er legt dar, dass es dann wieder zwei konkurrierende Unternehmen geben wird – zum Einen das städtische Tiefbauamt und zum Anderen das die Gesellschaftsanteile erwerbende Unternehmen. Er unterstützt den Vorschlag des Stadtrates Wähnelt und spricht sich dafür aus, nach der erfolgten Ausschreibung des Verkaufs der Gesellschaft nochmals die Diskussion zu führen.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister die Drucksache in der geänderten Fassung zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0279/09 unter Beachtung des Änderungsantrages DS0279/09/1 in seiner Sitzung am 08. 10. 2009 zu beschließen.

4.3. Ausbildungsplanung ab 2010; Bereitstellung betrieblicher
Ausbildungsplätze ab 2010 in der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0305/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf teil.

Zur Nachfrage des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich des Zusammenhangs für einen zweijährigen Wechsel der Ausbildungsplätze Vermessungstechniker und Tierpfleger legt der Oberbürgermeister dar, dass als Grund der jeweilige Bedarf für eine Ausbildung zu sehen ist.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, hinsichtlich der vorgegebenen Abschlussnote für eine Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Probe verweist Frau Mittendorf auf die hierfür geltenden beamtenrechtlichen Vorgaben und darauf, dass diese Vorgaben nicht mit dem geltenden Schulnotensystem verglichen werden können.

Frau Mittendorf sichert zu, die weitere Frage des Stadtrates Stern nach der Durchschnittsnote zu prüfen und separat schriftlich zu beantworten.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt Aktivitäten dahingehend, die Anwendung der in der Stadtverwaltung gängigen Praxis zur unbefristeten Übernahme von Auszubildenden entsprechend ihres Abschlusses auch in anderen Unternehmen und Gesellschaften anzuregen.

Hierzu führt der Oberbürgermeister aus, dass die Übernahme von Auszubildenden allein Sache der Gesellschaften sei, in Unternehmen wie z.B. der WOBAU oder den SWM diese Praxis bereits Anwendung findet.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die Beschlussfassung des Stadtrates, dass Vertreter des Stadtrates in den Gesellschaftsgremien ihren Einfluss geltend machen sollten, ähnliche Regelungen in den Gesellschaften zu erwirken.

Der Oberbürgermeister sagt zu, ein entsprechendes Schreiben an alle Gesellschaften zu richten mit der Anregung, die in der Landeshauptstadt angewandte Praxis zur Übernahme von Auszubildenden zu übernehmen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt einstimmig dem Stadtrat, die DS0305/09 in seiner Sitzung am 08. 10. 2009 zu beschließen.

4.4. Sachstandsbericht zum Hauptstadtvertrag Vorlage: I0179/09

Die Information wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis genommen.

5. Anträge

5.1. Unterstützung für das Projekt "Gang des Magdeburger Rechts" Vorlage: A0141/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Leiterin Kulturbüro Frau Schweidler teil.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, geht auf die Stellungnahme der Verwaltung ein und bezeichnet es als schwierig, einen geeigneten Kompromiss zu finden. Nach seiner Auffassung könne über die Höhe der zusätzlichen finanziellen Mittel noch diskutiert werden, Anliegen sollte es aber sein, ein Signal zu geben, dass der Verein für sein Projekt eine Unterstützung erfährt.

Der Oberbürgermeister führt klarstellend zur Verfahrensweise aus, dass seitens des Vereins ein Antrag auf Bereitstellung finanzieller Mittel zu stellen ist und über das Budget IV geprüft wird, ob und in welcher Höhe Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Jeder andere Weg zur Erreichung einer finanziellen Zuwendung ist abzulehnen.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, führt mit Hinweis auf andere ähnlich gelagerte Vereine in der Stadt aus, dass auch der Verein Offene Türen e.V. im Zuge der Gleichbehandlung signalisieren muss, wenn zur Durchführung neuer Projekte eine weitere Finanzierung erforderlich ist und hierzu die entsprechende Begründung vorlegen. Sie empfiehlt diese Verfahrensweise beizubehalten.

Die Leiterin des Kulturbüros Frau Schweidler informiert über die Vertagung des Antrages im Kulturausschuss bis zum Jahresende und die dort getroffene Forderung, zunächst ein Konzept zur Durchführung des Projektes vorzulegen. Dieses Konzept soll dann mit der Verwaltung abgestimmt werden. Erst danach erfolgt eine Positionierung des Kulturausschusses.

Stadtrat Stage, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterstützt die Auffassung des Oberbürgermeisters und der Stadträtin Frömert, entsprechend der üblichen Verfahrensweise zu handeln.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, spricht sich dafür aus, den Antrag bis zur Vorlage einer Beschlussempfehlung des Kulturausschusses ebenfalls zu vertagen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Vertagung zu.

5.2. Zuständigkeit für Bolzplätze bündeln Vorlage: A0137/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann teil.

Der Beigeordnete Herr Zimmermann verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag A0137/09/1 des BA SFM und macht erläuternde Ausführungen dazu. Insbesondere hält er die Beschlussfassung zum Änderungsantrag für unschädlich und sagt die Erarbeitung der im Änderungsantrag geforderten Übersicht der Bolzplätze zu.

Der Oberbürgermeister hält die beantragte Zuständigkeitsübertragung für nicht sinnvoll und macht darauf aufmerksam, dass sich hier Schnittstellenprobleme ergeben werden.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterbreitet den Vorschlag, in der Auflistung auch die Eigentümer der Areale aufzuführen, einschließlich verantwortlicher Ansprechpartner. Er spricht sich dafür aus, die unterschiedlichen Zuständigkeiten auch nach außen zu dokumentieren.

Der Beigeordnete II Herr Zimmermann informiert, dass dies als nächster Schritt vorgesehen ist.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, sieht zur Thematik der Bolzplätze noch Diskussionsbedarf.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, hält mit Verweis auf die Zusage der Verwaltung, die mit dem Änderungsantrag geforderte Auflistung zu erstellen, den Antrag A0137/09 für erledigt.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, schließt sich der Auffassung des Stadtrates Schwenke an.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen den Änderungsantrag A0137/09/1 sowie die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Änderung der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: A0168/09

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Rechtsamtes (AL 30) Herr Marske teil.

Zur Beratung liegt der interfraktionelle Änderungsantrag A0168/09/1 vor.

Der Amtsleiter 30 Herr Marske macht erläuternde Ausführungen zum Antrag des Ausschusses KRB und geht dabei auf einzelne vorgeschlagene Änderungen ein.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, informiert über die Beratung des Antrages in seiner Fraktion und schlägt vor, zuerst eine Verständigung herbeizuführen, welche Variante bzgl. der Redezeitstruktur bei Anfragen gewählt werden soll.

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, führt dazu aus, dass entsprechend der Variante 2 verfahren werden sollte. In ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Stadtrat legt sie dar, dass der Stadtratsvorstand in der Lage sei anhand der vorliegenden Anfragen einzuschätzen, ob noch die Möglichkeit für weitere Anfragen offen bleibt. D.h. also die Möglichkeit zu geben, die Anfragenzeit zu verlängern.

Stadtrat Bromberg, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, nimmt Bezug auf die zeitliche Begrenzung in Variante 2 auf eine halbe Stunde und unterbreitet den Vorschlag, in der Variante 2 die Formulierung „bis zu“ zu streichen. Hiermit soll gewährleistet werden, dass **alle** Fraktionen ihre Anfragen stellen können.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, geht kritisch auf die aus seiner Sicht oftmals zu umfangreichen Ausführungen zu Anfragen ein und hält eine Begrenzung der Anfragezeit auf eine halbe Stunde für zu gering. Er spricht sich dafür aus, die zeitliche Vorgabe auf eine Stunde zu begrenzen.

Stadträtin Frömert spricht sich gegen eine Variantendiskussion aus und begründet ihre Auffassung.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, spricht sich für eine Formulierung „ein Zeitraum von ca. einer halben Stunde“ aus.

Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Formulierung „grundsätzlich“ richtig gewählt sei, da somit dargestellt wird, dass es auch Ausnahmen gibt.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt die Auffassung seiner Fraktion dar, beide Varianten mittragen zu können, da ohnehin für alle Anfragen, die nicht sofort beantwortet werden können, eine schriftliche Stellungnahme vorgelegt wird.

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, unterbreitet den Verfahrensvorschlag zur Reihenfolge der Anfragen, am Tag der Stadtratssitzung bis 12.00 Uhr den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, entsprechend der Dringlichkeit aufzuführen, welche Anfrage zuerst gestellt wird und dies dem Vorstand mitzuteilen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/BfM, spricht sich dafür aus, die Reihenfolge der Anfrage der Entscheidung der Fraktion selbst zu überlassen.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeister erklären die Mitglieder ihre Zustimmung, nach dem Vorschlag des Stadtrates Schwenke zu verfahren.

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE, möchte die Klarstellung gesichert haben, dass die Reihenfolge der Anfragen entsprechend der Fraktionsstärken gestellt werden.

Im Ergebnis der Diskussion zum Punkt 7 des interfraktionellen Änderungsantrages zieht der Oberbürgermeister folgendes Fazit:

Die Anzahl der in der Sitzung gestellten Anfragen wird auf 2 festgelegt.
Die Reihenfolge der Anfragestellung richtet sich nach der Fraktionsstärke.
Für die Beantwortung der Anfragen steht pro Sitzung grundsätzlich ein Zeitraum von einer halben Stunde zur Verfügung.

Der Änderungsantrag ersetzt in dieser Fassung den Ursprungsantrag A0168/09 des Ausschusses KRB.

Der Oberbürgermeister stellt den im Ergebnis der Diskussion so redaktionell geänderten interfraktionellen Änderungsantrag A0168/09/1 zur Abstimmung:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0168/09/1 zu beschließen.

Eine Abstimmung zum Antrag A0168/09 hat sich mit dieser Beschlussempfehlung erledigt.

6. Verschiedenes

6.1. Haushaltsberatung 2010

Stadträtin Wübbenhorst, Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!, hinterfragt den geänderten Ablauf zur Beratung des Haushaltsplanes 2010.

Der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann informiert in Beantwortung der Nachfrage, dass für die Aufstellung des Haushaltes 2010 der Orientierungsdatenerlass des Landesverwaltungsamtes abzuwarten ist. Aus seiner Sicht ist davon auszugehen, dass der Haushaltsplanentwurf Mitte November dem Oberbürgermeister zur Genehmigung vorgelegt werden kann, die Ausschussberatungen im Dezember 2009/Januar 2010 erfolgen und der Haushaltsplanentwurf im Stadtrat am 01. 03. 2010 (Fortsetzungssitzung) zur Beschlussfassung vorliegt. Im Weiteren führt er aus, dass die Eckpunkte des FAG neu formuliert werden und die derzeitig vorliegenden Zahlen überarbeitet werden müssen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen zu können.

Zur Nachfrage des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, bezüglich des Vorliegens der eigenen Steuerschätzungen informiert Herr Zimmermann, dass diese im Monat November erwartet werden. Er geht davon aus, dass sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr nicht verschlechtern werden, was aber darin begründet ist, dass bereits weniger eingeplant wurden. Lediglich im Bereich der Einkommenssteuer gibt es Einbrüche.

Stadtrat Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, hinterfragt mögliche Auswirkungen auf die Stadt Magdeburg auf Grund einer späteren Beschlussfassung zum Haushalt 2010.

In Beantwortung der Nachfrage des Stadtrates Hans-Jörg Schuster, FDP-Fraktion, hinsichtlich möglicher Auswirkungen auf die Stadt auf Grund der späteren Haushaltsaufstellung verweist der Oberbürgermeister darauf, dass keine Auswirkungen auf die Stadt entstehen. Es geht nur darum, welche Investitionen begonnen werden können.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Trümper, Lutz Dr.

Mitglieder des Gremiums

Bromberg, Hans-Dieter

Lischka, Burkhard

Stage, Mirko

Wübbenhorst, Beate

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Stern, Reinhard

Frömert, Regina

Müller, Oliver

Theile, Frank

Wähnelt, Wolfgang

Schuster, Hans-Jörg

Geschäftsführung

Behne, Andrea